

Für Frieden, Freiheit und Solidarität



Nach zwei Jahren mit pandemiebedingten Einschränkungen fand dieses Jahr der nunmehr 132. Tag der Arbeit wieder in traditionellem Rahmen statt. Das Motto «Frieden, Freiheit, Solidarität» ist dabei aktueller als allen lieb ist. Die Coronakrise ist am abklingen, aber der Krieg in der Ukraine steht als Symbol für Zeiten, in denen vieles erst recht in Frage steht und die Arbeiterbewegung die Renten verteidigt und für den Erhalt der Kaufkraft kämpft. Auch im Gemeindesaal in Menziken, wo am Vorabend die Maifeier der SP des Bezirks Kulm stattfand.

mars. Vor knapp einem Monat wurden sie in der Neudorfturnhalle in Oberkulm für Gabriela Suter an die Spitze der SP-Kantonalpartei gewählt. Nun freute sich der Menziker Gemeinderat Alfred Merz, Präsident der SP Menziken-Burg, Nora Langmoen und Stefan Dietrich, das neue Co-Präsidium der SP Aargau im Gemeinderat in Menziken für die Ansprachen begrüßen zu können.

Schlagworte plötzlich aktuell

Noch vor kurzer Zeit hätte das Motto «Frieden, Freiheit, Solidarität» etwas verstaubt geklungen. Mit Corona und erst recht mit dem Krieg in der Ukraine sind solche Schlagworte plötzlich wieder aktuell. Die Welt ist eine andere geworden. Die Schweizer Realität möglicherweise noch nicht so sehr, aber es verbreitet sich die Sorge, wohin die Entwicklungen führen.

In seiner Kurzansprache hielt Alfred Merz fest: «Bei der Solidarität spielen Finanzen immer eine wichtige Rolle, etwa bei der Bewältigung der Coronakrise. Weder Banken noch Versicherungen waren bereit, Kleinunternehmern mit Überbrückungskrediten zu helfen. Diese Aufgabe hat die öffentliche Hand, unser Staat übernommen.» Er bezeichnete die Steuersenkungspolitik der letzten Jahre und die aktuelle Abstimmungsvorlage deshalb als «ruinös» und forderte deren Ablehnung. «Niemand bezahlt gerne Steuern, aber es ist der Beitrag jedes Einzelnen nach seiner wirtschaftlichen Möglichkeit, damit unser Staatswesen funktioniert», hielt Merz fest. Im Zusammenhang mit der Gesundheitspolitischen

Gesamtplanung machte er sich für die Regionalspitäler und insbesondere für das Spital Menziken – stark. Auch zur AHV äusserte er sich. Er kritisierte die bürgerlichen Parteien, welche gegen höhere Lohnbeiträge für die solide AHV sind, aber umgekehrt die marode 2. Säule –«das Geschäft der Versicherungen und Banken» – sanieren wollten. Welch eine Scheinheiligkeit. Solidarität sieht anders aus.

Frieden und Wohlstand – (k)ein Normalzustand

Stefan Dietrichs Ansprache war dieser bedrückenden Situation gewidmet. «Corona zeigte uns die Stärken, aber auch Schwächen unseres Wirtschafts- und Gesundheitssystems auf», sagte er. Und mit Blick auf die vielen im Care-Bereich oder im Service Public tätigen Menschen: «Wir müssen hier unbedingt dran bleiben, dass es nicht nur beim Klatschen bleibt. Wer arbeitet, der muss auch von seiner Arbeit anständig und gut leben können.

Die Gewissheit, dass der Frieden und der relative wirtschaftliche Wohlstand der Normalzustand ist, sei nach Ausbruch des Krieges erschüttert. Die Gesellschaft und die Politik reagiere erneut mit grosser Solidarität, Mitgefühl und Hilfsbereitschaft auf die Flüchtlinge aus der Ukraine. Es ist das Mindeste, was wir tun können», so Dietrich. «Der Krieg trifft auch bei uns zuerst die sozial Schwächeren, diese müssen für alltägliche Dinge tiefer in die Taschen greifen. Der Krieg muss beendet und das Primat der Politik, der Diplomatie und Verhandlungen muss wieder durchgesetzt werden», forderte Dietrich. Ausserdem solle die Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn gestärkt werden.

Handlungsfähig bleiben

«Wir müssen die Kaufkraft unserer Bevölkerung stärken und finanzielle Belastungen im Alltag senken. Wir müssen die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Gemeinden, unseres Kantons gewährleisten können. Es ist nicht die Zeit für Steuereperimente, es gilt, das Steuergesetz am 15. Mai an der Urne abzulehnen», sagte Dietrich abschliessend.

Auch Nora Langmoen hatte die Kaufkraft im Visier. «Rund 160'000 Menschen in der Schweiz sind von Erwerbsarmut betroffen», hielt sie fest. «Working Poor, welche trotz Arbeit am Existenzminimum leben. Dass es das im 21. Jahrhundert noch gibt, ist eine Schande», so Langmoen. Sie kritisierte auch Auswüchse der neuen Arbeitswelt mit Homeoffice, dauerhafter Erreichbarkeit, mit vielen Temporärstellen, um die Kosten für Festanstellungen zu sparen. Im SBB-Werk in Olten sind, laut Langmoen, 300 von 900 Mitarbeitenden temporär angestellt. Durch die laufende Beschleunigung in der Arbeitswelt gebe es auch immer weniger Stellen für Behinderte. Grössere Arbeitgeber sollten deshalb dazu verpflichtet werden.

Dann wurde die Küche geöffnet und die rund zwanzig Anwesenden liessen den 1.-Mai-Vorabend gemeinsam ausklingen.